Banken und Sparkassen zahlen nicht aus

In Berlin

Die Banken sperren die Auszahlungen. — Die kleinen Sparer stürmen Bankhäuser und Sparkassen. — Ueberall Ueberfallkommandos in Tätigkeit. — Tumulte auf den Arbeitsämtern.

Berlin, den 13. Juli 1931 (Eigener Bericht). **Der Zusammenbruch der Danat-Bank im Zusammenhang mit dem voraussichtlichen weiteren Zusammensturz von Bankkonzernen und der drohenden Inflation hat die Reichshauptstadt in einen Fieberzustand versetzt. Schon vor Eröffnung der Schalter an den Banken und Sparkassen standen Hunderte und Tausende in riesigen Schlangen an, um ihr Geld abzuheben. Besonders vor den Bankfilialen und Sparkassen in den Arbeitervierteln kam es zu erregten und erschütternden Szenen. Schon in den frühen Morgenstunden lief die Meldung durch die Stadt, daß im Höchstfall nur 100 Mark an die Sparer ausgezahlt werden. Die Filialen der Danat-Bank blieben überhaupt geschlossen. Aber auch eine Anzahl anderer Bankhäuser schlossen bereits um 11 Uhr. Die Menschenmassen, die sich vor diesen Bankhäusern angesammelt hatten, wurden zum Teil rücksichtslos von der Polizei auseinandergeprügelt. Ueberfallkommandos der Polizei durchrasen die verschiedensten Stadtteile. Unter besonderen polizeilichen Schutz steht das Bankviertel im Zentrum der Stadt, in der Nähe des Regierungsviertels. Die Menschenmenge vor den Bankhäusern schwoll um die Mittagszeit immer mehr an. Alte Mütterchen und Rentner, die ihre mühselig ersparten Pfennige abheben wollten, brachten sich Stühle, Fußbänke und andere Sitzgelegenheiten mit, da die Bankhäuser, die noch 100 Mark auszahlten, natürlich mit voller Absicht die Abfertigung der Sparer in die Länge zogen.**

Die Stimmung der Schlangestehenden stieg bis zur Siedehitze. Teilweise wurden Angestellte der Banken und vielleicht auch Zivilbeamte unter die Menge geschickt, um „beruhigend" zu wirken. Aber der Erfolg war immer der umgekehrte. Zu den Tausenden Wartenden gesellten sich ungezählte Diskussionsgruppen und immer wieder hörte man: „Die Reichen haben ihre Gelder schon in Sicherheit gebracht, und wir sind wieder die Betrogenen, genau so wie 1923". Nazis, die versuchten, sich in die Diskussionsgruppen zu mischen, erhielten überall eine Abfuhr. Als vor der städtischen Sparkasse am Mühlendamm ein Trupp Nationalsozialisten erschien, um Flugblätter zu verteilen, wurden sie nach heftigen Diskussionen von der Menge in die Flucht geschlagen. Als ein Nazi rief: „Und ihr wollt Deutsche sein", trat eine Frau mit der Markttasche am Arm auf ihn zu und schrie ihn an: „Eure Deutschen, eure Kapitalisten haben ihr Geld schon in Sicherheit gebracht. Die Betrogenen sind überall die Proletem! Wir denken international!" Ein immer wiederkehrender Satz bei allen Diskussionen: „So muß es kommen wie in Rußland, dort hat man die Schieber und Kapitalisten zum Teufel gejagt". Charakteristische Szenen spielten sich an der Dresdner Bank ab. Da dort nur wenig kleine Leute ihre Spargroschen hingebracht haben, sieht man hier hauptsächlich hinter den Wechselstuben die Angestellten und die Boten der Dresdner Bank in Reih und Glied gestellt, ihr Geld abholen.

Die Erregung der Massen spiegelt sich vor allem auch auf den Arbeitsämtern wider. Auf dem Arbeitsamt in der Germannstraße hielt ein Arbeitsloser eine Ansprache zu Tausenden Erwerbslosen. In diesem Moment kamen Polizibeamte hineingestürzt, und mit gezücktem Gummiknüppel wurde die „Ordnung" wieder hergestellt. Aber immer wieder sammelten sich die Erwerbslosen. Mit lauten Rufen protestierten sie gegen die Regierung und die Kapitalsschieber.

*

Dazu meldet das Berliner Tageblatt: **„Die Städtische Sparkasse in Neukölln hat gegen 13 Uhr heute den Auszahlungsbetrieb vorübergehend eingestellt.**

Vorher waren Rationierungsmaßnahmen getroffen worden, dahingehend, daß nur noch bis zu 100 Mark ausgezahlt wurden. Da aber nach Mittag der Andrang so stark wurde, daß die Beamten die Geschäfte nicht mehr erledigen konnten, wurde den Sparinhabern erklärt, daß man heute keine Auszahlungen mehr vornehmen könne."

*

Die Schweizer Banken ziehen Gelder aus Deutschland zurück

Das Berliner Tageblatt meldet aus Basel: „Die Schweizer Banken haben in Kenntnis der Zusammenhänge ihre an Deutschland ausgeliehenen Gelder in sehr starkem Umfange zurückgezogen. **Nach zuverlässigen Schätzungen wird angegeben, daß in der letzten Zeit eine halbe Milliarde Reichsmark Schweizer Gelder aus Deutschland zurückgezogen wurde.** Das ist ungefähr **die Hälfte der überhaupt in Deutschland laufenden schweizerischen Gelder.** Die Schweizer Banken seien beunruhigt, wie sie erklärten, **auch weiterhin ihre Gelder aus Deutschland zurückzuziehen."**

In Dresden

Erregte Ansammlungen vor den Sparkassen

Dresden, 14. Juli.

Vor den Banken, speziell vor der Deutschen Bank und insbesondere vor den Sparkassen, wie vor der Stadtsparkasse, vor dem Postscheckamt, kam es den ganzen heutigen Vormittag hindurch zu Ansammlungen und erregten Diskussionen.

*

Der Konsumverein sperrt seine Sparkasse

Der Dresdner Konsumverein Vorwärts hat seine Sparkasse gleichfalls gesperrt. Vor dem Verwaltungsgebäude stehen heftig diskutierende Arbeiter.

*

Die bürgerliche Presse versucht krampfhaft, die Dinge zu beschönigen. Die SPD erläßt ein demagogisches Flugblatt, in dem sie lügen, die SPD sei gegen die Notverordnung. Das Flugblatt wird von den Arbeitern mit Hohngelächter quittiert und auf dem Arbeitsamt zerrissen es mehrere sozialdemokratische Arbeiter demonstrativ in Stücke. Die Sympathie für die KPD und die Arbeiterstimme wächst ungeheuer. Heute findet eine Massenversammlung der KPD in Dresden statt.

Jetzt werben für Arbeiterstimme und Volksecho!

Vom vorgestrigen Großwerbetag liegen bisher nur aus Chemnitz und seiner näheren Umgebung und aus dem Unterbezirk Zwickau Teilresultate vor, die kaum den zehnten Teil des Verbreitungsgebietes umfassen. Danach wurden vorgestern geworben: 1314 Abonnenten für die kommunistische Wochenzeitung Volksecho (bisher insgesamt rund 2600)

84 Abonnenten für die Tageszeitung
133 Aufnahmen für die Partei
81 Aufnahmen für die Rote Hilfe
33 Aufnahmen für den Kampfbund gegen den Faschismus
140 Abonnenten für die Frauenzeitschrift Der Weg der Frau

Bei der Werbung wurden umgesetzt: 1684 Broschüren, 1248 AIZ, 329 Fanfaren, Organ des Kampfbundes gegen den Faschismus, und 226 diverse Zeitungen.

Dresdner, hört ihr's? Kein Zurückbleiben. In der jetzigen gespannten Situation ist **Werbung für die Arbeiterstimme und das Ostsächsische Volksecho eine revolutionäre Tat.** Zeigt, daß ihr Revolutionäre seid. **Werbt heute und Tag für Tag! Meldet uns sofort die Resultate!**

Die Kommunisten verlangen sofortige Reichstagseinberufung!

Genosse Ernst Torgler hat im Auftrag sämtlicher Mitglieder der **kommunistischen Reichstagsfraktion** folgenden Brief an den Reichstagspräsidenten Löbe geschickt:

„Mit Rücksicht auf die katastrophale Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation, die ihren Niederschlag in dem Zusammenbruch der Danatbank und einer Reihe anderer Konzerne findet, geben wir im Hinblick auf die außenpolitische Lage anheim, namens der kommunistischen Reichstagsfraktion den Reichstag zum frühest möglichen Termin einzuberufen. **Ich schlage dafür Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 3 Uhr vor. Auf die Tagesordnung bitte ich folgende Fragen zu setzen: 1. Bericht der Reichsregierung über die außenpolitische Situation. 2. Bericht der Reichsregierung über die katastrophale wirtschaftliche Lage in Deutschland. 3. Anträge der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung der 4. Notverordnung vom 5. Juli 1931."**

Wer verhindert die Arbeitsbeschaffung?

Die sozialdemokratische Volkszeitung bringt in ihrer Sonnabend-Ausgabe in Fettdruck einen Teil der Ausführungen des Abgeordneten Edel, in denen dieser behauptet, der kommunistische Abgeordnete **Schneider** habe durch einen Vertagungsantrag im Rechtsausschuß die Arbeitsbeschaffung für 456 000 Tagewerke und für 1500 Arbeiter auf ein Jahr verhindert.

Diese Behauptung ist nichts anderes als ein demagogisches Manöver, das hier noch einmal festgestellt werden muß.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses hatte diesen erst auf Freitag um 21 Uhr einberufen, obgleich dazu der ganze Freitag freigewesen wäre. Aber diese Zeit brauchten die Sozialdemokraten, um mit den bürgerlichen Parteien den Etat zu balancieren, alle Forderungen und Anträge wieder zu streichen.

Die Mitglieder der kommunistischen Fraktion erhielten die Einladungen zur Sitzung nicht rechtzeitig. Der Antrag des Gen. Schneider war nichts anderes als ein Protest gegen diese Methode der Sitzungseinberufung, die aus dem Grunde erst so spät erfolgt war, um die Verabschiedung der Vorlagen unmöglich zu machen.

Dieselben sozialdemokratischen Führer, die heuchlerisch Terrorrufe mimten, hatten mit den Bürgerlichen auch diese Sitzung gemeinsam eingeleitet.

Vollends enthüllte sich aber die Unwahrhaftigkeit dieses heuchlerischen Spiels, als am Schluß der Tagung zu dem Vorschlag des Präsidenten auf Beginn der Landtagsferien der Genosse **Renner** den Antrag stellte, **am Dienstag noch eine Sitzung durchzuführen,** um die beiden Vorlagen zu erledigen.

Die Sozialdemokraten, insbesondere Herr Edel, waren sichtlich betroffen von dieser Forderung der Kommunisten, verschlug sie doch das ganze Manöver der SPD. Mit den gesamten bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten lehnten die Sozialdemokraten die Forderung der Kommunisten ab. **Wer verhindert nun die Arbeitsbeschaffung?** (Siehe auch Leitartikel.)

*

Die letzte Weisheit der Herrschenden:

Polizeiterror in Dresden, Berlin, Leipzig

Verbot der heutigen Kundgebung der KPD / Verbot des Reichserwerbslosentages / Polizei besetzt Stempelstellen und Rathaus in Meißen

Dresden, den 13. Juli.

Die Massenkundgebung, zu der die Kommunistische Partei heute die Mittelständler, Beamten und Angestellten in den Ausstellungshallen aufrief mit der Tagesordnung: „Inflation — Staatsbankrott! Was sagen die Kommunisten?" ist wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" polizeilich verboten.

*

Das Polizeipräsidium hat die für den 15. Juli angesetzten Demonstrationen und Kundgebungen zum Reichserwerbslosentag verboten. Auch die Saalversammlungen zu morgen sind verboten. Die Erregung unter den Erwerbslosen und unter den Betriebsarbeitern ist groß.

*

Meißen, 14. Juli.

Alle Kundgebungen zum Erwerbslosentag sind verboten. Unter den Erwerbslosen und der ganzen Bevölkerung herrscht große Erregung. Heute besetzte die Polizei mit 7 Großwagen die Stempelstellen sowie das Rathaus.

*

Leipzig, 14. Juli.

Der SPD-Polizeipräsident Fleißner hat alle Umzüge, Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel „in Anbetracht der Zuspitzung der Verhältnisse" verboten.

*

Die Bankfürsten schließen die Schalter, um die den Werktätigen abgelockten, sauer verdienten Spargroschen ins Ausland zu verschieben. Das ist erlaubt. Millionen werden von Kapitalsgewaltigen in den Hungertod getrieben. Das ist erlaubt. Verboten aber ist, den Massen den Ausweg zu zeigen. Die Massenbewegung wird unter Führung der KPD mit Recht gewaltig anwachsen.

Hitler—Lahusen—Goldschmidt

Das Trio: Millionenschieber, Großbankier, Hakenkreuzler, die Helden des 3. Reiches

Der Nordwolle-Konzern, der jetzt zusammengebrochen ist, hatte als kapitalistische Leiter die Herren Millionenschieber Lahusen. Der Konzern finanzierte außerordentlich stark die NSDAP und wurde von den Nazis als Muster des „schaffenden Kapitals" hingestellt. Hinter dem Konzern stand als Hauptkreditgeber die jetzt infolge des Nordwolle-Zusammenbruchs bankrotte Darmstädter und Nationalbank (Danatbank), deren Leiter der Großbankier Goldschmidt ist. Die arischen, teutschen Millionenschieber Lahusen, der jüdische Großbankier Goldschmidt und der Nazipapst Hitler — das sind die drei Pfeiler für das 3. Reich. Der vierte Pfeiler ist die SPD-Bürokratie des ADGB.

Die „Berliner Morgenpost" vom 11. Juli schreibt:

„Das Braune Haus soll zum großen Teil aus Lahuschen Mitteln erworben und errichtet worden sein".

Die ungeheuren Geldzuwendungen der Nordwolle-Kapitalisten an die Hitler-Partei werden auch von zahlreichen anderen bürgerlichen Zeitungen bestätigt. Natürlich mit Ausnahme der Hugenberg-Blätter. Die Lahusen unterhielten in Bremen eine starke faschistische Terrorgarde, die massenhaft Ueberfälle auf Arbeiter ausführte, im Bremer Verwaltungsgebäude des Nordwolle-Konzerns war vor dem 14. September 1930 das Wahlbüro der Nazi-Partei installiert. Der bekannte Naziprinz von Lippe wurde mit einem Riesengehalt zum Prokuristen des Delmenhorster Werks des Nordwolle-Konzerns ernannt, dem Prinzen Schaumburg kauften die Lahusen einen Forst in Mecklenburg ab und zahlten dafür eine phantastische Kaufsumme. Hitler ist persönlich mit G. C. Lahusen zusammengetroffen. Die kapitalistischen Ausbeuter haben auf jeden Fall ihr Schäfchen im trockenen und in Sicherheit gebracht.

Und auf der anderen Seite? Die Arbeiter in den Werken des Nordwolle-Konzerns erhielten die erbärmlichsten Hungerlöhne der gesamten deutschen Textilindustrie. Und bei dieser unmenschlichen Ausbeutung unterstützten die SPD- und ADGB-Führer gemeinsam die Ausbeuter nach Kräften. Die sozialdemokratische Bürokratie des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hat mit dem Nordwolle-Konzern einen ganz besonderen Tarifvertrag abgeschlossen, einen Leistungstarif, der den Gipfel an Ausbeutung, Antreiberei und Lohndrückerei darstellt. Die sozialdemokratischen Betriebsräte waren ebenso eifrige Lakaien der Nordwolle-Direktoren, wie die Nazi-Betriebsräte. Bei den Streiks der Nordwolle-Arbeiter, die in Bremen und anderen Orten ausbrachen, haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den Nazi-Führern den Streikbruch organisiert, haben sie zusammengearbeitet, um die verelendeten Nordwolle-Proletarier zum Boden zu halten.

Nun sind viele Millionen über die Grenze geschoben, der Zusammenbruch mit mindestens 200 Millionen Unterbilanz ist da, viele Tausende von Arbeitern stehen auf der Straße, und Gelder aus der Reichskasse sollen die großen kapitalistischen Gläubiger schadlos halten.

Wir wissen, daß dieser Blick in das „Dritte Reich", wie er durch den Nordwolle-Skandal eröffnet wird, vielen Tausenden die Augen aufmachen wird. Tausende werden mit den Nazi-Führern brechen.

Her zur RGO und zur KPD und ihren Organen, der „Arbeiterstimme" und dem „Ostsächsischen Volks-Echo".

Heute Tagung des SPD-Par[illegible] ausschusses

Wachsende Krise und Rebellion in der SPD / Rechte und „linke" Manöver / Ausschluß oder Verwarnung der Seydewitz-Gruppe

Heute Dienstag tritt der Parteiausschuß der SPD zusammen, um zu dem „Mahnruf" der „linken" SPD-Führer Stellung zu nehmen. Die taktische Stellung der Parteimehrheit gegenüber den „Linken" hat sich in den letzten Tagen insofern verschärft, als die Revolte der SPD-Mitglieder im ganzen Reich gegen die Politik der Wels und Konsorten ungemein verstärkt hat. Die SPD-Arbeiter erkennen immer mehr, daß die sogenannte Tolerierungspolitik trotz der schwersten Opfer für die Arbeiterklasse den allgemein wirtschaftlichen Ruin nicht aufhalten kann. Der Parteivorstand will sich daher mit einer **Verwarnung** der **„linken" Führer begnügen** in der Hoffnung, daß dann die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter noch eine gewisse Zeit an der Stange gehalten werden können. Der Parteivorstand hofft gerade dadurch, daß er die „Linken" erneut vor den Karren der Tolerierungspolitik spannt, die Revolte zu dämpfen. Er wird natürlich das Gegenteil erreichen, denn gerade die Manöver, die der Parteivorstand zusammen mit den „linken" Führern spielt, dokumentieren den sozialdemokratischen Arbeitern am besten die wirkliche Rolle dieser „Linken".

Roter Student in den Tod getrieben

Die Berliner Universitätsbehörden haben 3 rote Studenten aus der Universität ausgeschlossen. Die 3 Relegierten waren die Opfer des faschistischen Terrors und der von der gesamten Presse von der SPD bis zur äußersten Reaktion betriebenen Hetze gegen die roten Studenten. Die zum Schein ebenfalls relegierten Nazi-Studenten wurden sofort auf anderen Universitäten aufgenommen. Für die roten Studenten bedeutet die Relegation die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage. Der rote Student **Dobrimer** hat unter diesem Eindruck nach der Relegation Selbstmord verübt. An der Bahre des Opfers der antisemitischen Hetze **geloben** aber die roten Studenten, **Dobrimer** und entschlossen den Kampf gegen das kapitalistische System **weiterzuführen.**

SLUB
Wir führen Wissen.